

Der Beitrag der Bundeszentrale für politische Bildung zur Förderung des Prozesses der deutschen Einheit¹

1. Die Notwendigkeit politischer Bildung für das Gelingen des deutschen Einigungsprozesses
2. Kurzer Rückblick auf die deutschlandpolitische Bildungsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung
3. Der Beitrag der Bundeszentrale für politische Bildung zur Förderung des deutschen Einigungsprozesses
 - 3.1. Inhaltliche Schwerpunkte
 - 3.1.1. Spielregeln der Demokratie erläutern
 - 3.1.2. Geschichtskennntnisse vermitteln
 - 3.1.3. Probleme des Vereinigungsprozesses aufarbeiten
 - 3.2. Zielgruppen
 - 3.2.1. Der interessierte Bürger
 - 3.2.2. Multiplikatoren und Meinungsführer
 - 3.3. Methoden
 - 3.3.1. Begegnungen
 - 3.3.2. Wettbewerbe, Festivals
4. Kooperationen
 - 4.1. Kooperation mit freien Trägern
 - 4.2. Akzeptanz politischer Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern
 - 4.3. Finanzprobleme
5. Perspektiven für die Zukunft

Zusammenfassung

Anhang: Querschnittsdarstellung der Maßnahmen der Bundeszentrale für politische Bildung zur Förderung des Prozesses der deutschen Einheit

1. Die Notwendigkeit politischer Bildung für das Gelingen des deutschen Einigungsprozesses

Unser demokratisches Gemeinwesen ist darauf angewiesen, daß die Bürgerinnen und Bürger verstehen, wie das demokratische System funktioniert. Nur

¹ Stand: 31. Januar 1997

wer die Spielregeln des demokratischen Miteinanders kennt, ist auch bereit, sich mit seinem Staat zu identifizieren und sich in kritischer Solidarität für seine grundlegenden Werte zu engagieren.

Demokratie versteht sich aber nicht von selbst. Bei aller Überlegenheit im Vergleich zu anderen politischen Systemen ist sie doch kompliziert, weist mancherlei Mängel und Schwächen auf. Als Demokrat wird man nicht geboren, zum Demokraten wird man erzogen. Dies gilt nicht erst seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Auch in einer stabilen Demokratie muß jede Generation aufs neue Wertgrundlagen und Spielregeln der Demokratie erlernen. Stabilität und Beständigkeit demokratischen Bewußtseins sind keine Naturtatbestände, sie setzen einen stetigen Erwerb von Kompetenz, Gemeinsinn und politischen Tugenden voraus.

Hier setzt die politische Bildung an. Indem sie Kenntnisse und Fähigkeiten zur aktiven Teilhabe am politischen Prozeß vermittelt, Kritikfähigkeit fördert und Selbstbewußtsein weckt, stärkt sie das demokratische Bewußtsein und trägt zur Entwicklung einer politischen Kultur bei, in der der einzelne Freiheit und Selbstbestimmung in Verantwortung für sich und die Gemeinschaft leben kann.

Im Mittelpunkt aller politischen Bildungsarbeit steht seit Anfang der 90er Jahre die Förderung der Einheit und des demokratischen Gedankens im vereinten Deutschland. Dies ist von herausragender Bedeutung, um das Bewußtsein dafür zu stärken, daß wir trotz einer Fülle von Schwierigkeiten und Enttäuschungen ein Volk mit einer gemeinsamen Zukunft in einem friedlichen Europa sind und daß im Rahmen der Grundwerteordnung ein gedeihliches geistiges und gesellschaftliches Miteinander möglich ist.

Die neue freiheitliche Demokratie im Osten Deutschlands hat für die Menschen in den neuen Bundesländern einen Wandlungsprozeß eingeleitet, der die bis dahin gültigen politischen Verhaltensregeln völlig umstülpte: Häufig waren Orientierungslosigkeit und Verhaltensunsicherheit die Folgen. Dazu kommt, daß ein politisches System, das die kritiklose Übernahme einer politischen Doktrin zur Bedingung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben machte, Untertanengeist belohnte und persönliches Verantwortungsbewußtsein minimierte, auch noch nach seinem Zusammenbruch Auswirkungen auf die Mentalität der Menschen in einer sich neu aufbauenden demokratischen Gesellschaft hat. Für viele Menschen in der DDR war das SED-Regime bereits die zweite Diktaturerfahrung nach der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Diesen tiefgehenden Prägungen steht heute eine politische Kultur gegenüber, in der die Menschen erfahren, welches Maß an individueller Freiheit und Verantwortung die Grundwerteordnung bietet und verlangt. Hier kann politische Bildung vertrauensbildend wirken: indem sie informiert ohne zu manipulieren, aufklärt ohne Probleme zu verschweigen, indem sie Meinungsvielfalt fördert, Kontroversen aushält und so dazu beiträgt, daß ein auf Pluralismus gründendes Gesellschaftsverständnis eingeübt werden kann.

Inhaltlich konzentriert sich politische Bildungsarbeit im öffentlichen Auftrag vor dem Hintergrund der deutschen Einigung insbesondere auf folgende Bildungsziele:

– Historisches Bewußtsein schärfen

Die politische Bildung muß offen und ohne Beschönigung über historische Zusammenhänge informieren; nur dies befähigt zu einem kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte. Das heißt zunächst, daß Verständnis geschaffen werden muß für die beiden deutschen Nachkriegsgeschichten und ihre Auswirkungen auf die politische und gesellschaftliche Sozialisation in den beiden deutschen Staaten. Dies schließt eine fundierte und kritische Beurteilung der SED-Diktatur ein. Gleichzeitig aber muß deutlich werden, daß die Geschichte der DDR ein Teil der gesamtdeutschen Geschichte und Teil des gemeinsamen historischen Erbes ist.

– Verfassungskonsens vertiefen

Die Identifikation mit den Werten und Normen unserer Verfassung und unseres Gesellschaftssystems muß ermöglicht werden. Dabei geht es immer auch darum, die Vorzüge eines Grundwertekonsenses und der entsprechenden Verhaltensweisen – Toleranz, Zivilcourage, Solidarität – sowohl für die Gesellschaft wie auch für den einzelnen deutlich zu machen.

– Meinungsvielfalt fördern

Demokratie lebt vom Meinungsstreit, von der fairen und geordneten politischen Auseinandersetzung. Die politische Bildung muß diesen häufig komplexen Meinungsfindungsprozeß verständlich machen und die persönliche Kompromißbereitschaft und -fähigkeit fördern.

– Mündigkeit einüben

Nur mündige Bürgerinnen und Bürger können sich kompetent und verantwortungsvoll politisch und gesellschaftlich engagieren. Politische Bildung trägt dazu bei, Handlungskompetenz zu vermitteln, damit die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit gestärkt wird.

Das Wirken für die deutsche Einheit bildet einen zentralen Pfeiler der bildungspolitischen Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung. Zugleich ist das Thema der deutschen Einheit konstitutiver Teil der allgemeinen Demokratievermittlung und insofern untrennbar mit allen anderen Themen der politischen Bildungsarbeit verbunden.

Der freiheitliche Grundgedanke der politischen Bildung schließt Manipulation und Indoktrination aus – nicht zuletzt darin unterscheidet sich die staatliche politische Bildung der Bundesrepublik Deutschland grundlegend von der Staatsbürgerkunde der DDR. Es wäre deshalb verfehlt, wollte man die politische Bildung dazu (miß)brauchen, bestimmte politische Meinungen durchzusetzen oder „Feuerwehrdienste“ zu leisten bei der kurzfristigen Korrektur un-

liebsamer politischer oder gesellschaftlicher Entwicklungen. Politische Bildung zielt auf lebenslanges Lernen, auf das Einüben demokratischer Verhaltensweisen, und wirkt so schwerpunktmäßig im präventiven Bereich. Sie wirbt für demokratische Einstellungen und Haltungen und trägt dazu bei, das Bewußtsein für zentrale politische Problemlagen und Überlebensfragen zu schärfen. Ihr Ziel ist der mündige Bürger, der bereit und kompetent ist, verantwortungsvoll als Demokrat in Staat und Gesellschaft zu handeln.

2. Kurzer Rückblick auf die deutschlandpolitische Bildungsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung

Verfassung, Gesellschaft und Geschichte der SBZ/DDR bildeten seit der Gründung der Bundeszentrale für politische Bildung im Jahre 1952 Schwerpunkte ihrer Arbeit. Ausschließlich der SED-Diktatur und ihrer Entwicklung widmeten sich die Wissenschaftler und politischen Bildner in der Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (Gesamtdeutsches Institut), von denen ein großer Teil Anfang 1992 in die Bundeszentrale für politische Bildung übernommen wurde. Aufgabe des 1957 gegründeten Ostkollegs (heute Ost-West-Kolleg), der Tagungsstätte der Bundeszentrale für politische Bildung, war es, die wissenschaftliche Aufarbeitung von kommunistischer Ideologie, kommunistischen Systemen und den Ost-West-Konflikt an zentraler Stelle seiner Bildungsarbeit zu verankern. In den 70er und Anfang der 80er Jahre stand dabei das politische und gesellschaftliche System der DDR sowie der Systemvergleich zwischen Bundesrepublik und DDR im Vordergrund der politischen Bildungsarbeit, in den 60er und dann wieder seit den späten 80er Jahren lag das zentrale Gewicht auf der Geschichte der DDR.

So war es für die Bundeszentrale selbstverständlich, schon wenige Wochen nach dem Mauerfall erste Bildungsmaßnahmen für die Menschen in der DDR anzubieten. Dies betraf zunächst die Behebung von schwerwiegenden Informationsdefiziten. Vor allem an den Schulen war die Ausstattung völlig unzureichend. Es fehlten elementare Unterrichtsmaterialien wie Schulbücher, Arbeitshilfen, Folien, Kartenwerke. In einem ersten Schritt wurden so die „Informationen zur politischen Bildung“, die innerhalb kürzester Zeit jeweils hunderttausendfach nachgedruckt wurden, die „Politische Zeitung“ (PZ), Übersichtsdarstellungen aus der Schriftenreihe und Nachschlagewerke sowohl fachspezifischer als auch allgemeiner Art allen Schulbibliotheken zugänglich gemacht. Darüber hinaus wurden mehr als 450 Stadt- und Kreisbibliotheken, Landes- und Kommunalparlamente sowie politische Organisationen und Verwaltungen mit Materialien versorgt. 20.000 Freiabonnements der Wochenzeitung „Das Parlament“ mit ihrer Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ wurden Schulen, Fachhochschulen und Universitäten zur Verfügung gestellt.

Die Materialien enthielten in großem Umfang institutionenkundliche Informationen über die Funktionsweisen von Demokratie, Rechtsstaat und sozialer